

Thesenpapier FDP-Wirtschaftsforum

Mehr Mut und Lust auf Zukunft für Deutschland

Wir fordern einen Staat, der die Eigenverantwortung der Menschen stärkt und mit Bildung, Forschung, Infrastruktur und Sicherheit die Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und den Wohlstand der Menschen schafft und sichert. Deshalb braucht Deutschland liberale Politik. Deutschlands Zukunft ist offen. Sie wird so gut oder so schlecht, wie wir sie selbst gestalten. Wer sich dieser Verantwortung stellt, kommt an folgenden Feststellungen nicht vorbei:

- Deutschland braucht die beste Bildung der Welt. Doch unser Land investiert weniger in Bildung als unsere Nachbarn.
- Die größten Innovations sprünge finden durch Aus- und Neugründungen statt. Doch in kaum einem anderen entwickelten Land ist eine Gründung so kompliziert wie in Deutschland.
- Deutschland hat viele Weltmarktführer in eher traditionellen Industrien. Doch in den wichtigen Zukunftsbranchen sind wir kaum führend vertreten.
- Die Basis moderner Volkswirtschaften ist eine leistungsfähige Infrastruktur. Doch es fehlt das Geld für die Bereitstellung einer ausreichenden Verkehrs- und Energieinfrastruktur.
- Die Digitalisierung ist ein Megatrend. Doch die durchschnittliche Datenübertragungsgeschwindigkeit in Deutschlands Netzen bremst die digitale Wirtschaft und Gesellschaft aus.
- Die Auflösung des klassischen Achtstundentages in der digitalisierten Dienstleistungsgesellschaft bietet große Chancen zur selbstbestimmten Lebensführung. Doch wir verlieren uns im Klein-Klein weiterer Regelungen und Diskussionen über dienstliche E-Mails nach Büroschluss, Mindestlohn für „Digital Natives“ oder Lichteinfall in Sanitärräumen.
- Viele ländlich angesiedelte Unternehmen sind Weltmarktführer in ihrer Branche. Doch durch die stete Urbanisierung droht eine schleichende „Entvölkerung“ des ländlichen Raumes.
- Deutschland ist ein Einwanderungsland. Doch es mangelt an einer nachhaltigen Einwanderungspolitik, welche die Anforderungen des Arbeitsmarktes in den Mittelpunkt stellt.

Wir wollen Politik und Gesellschaft mehr Lust auf Zukunft in Deutschland machen. Denn diese Herausforderungen bedürfen einer großen und gemeinsamen Kraftanstrengung. Gerade angesichts der Aufnahme und Integration hunderttausender Menschen müssen wir sicherstellen, dass Deutschlands Wirtschaft leistungsfähig bleibt. Dazu schlagen wir vor:

1) Soziale Marktwirtschaft bildet die Basis für Wohlstand, Beschäftigung und Chancengerechtigkeit in Deutschland

- Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell. Aber: Der Markt als zentrales Steuerungs- und Lenkungsinstrument muss wieder ordnungspolitischen Vorrang vor staatlicher Regulierung und Transferpolitik bekommen. Soziale Marktwirtschaft bedeutet Eigenverantwortung, nicht „Versorgungsstaat“. Dazu zählt z. B. auch der Systemwettbewerb zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung, denn er trägt zur bestmöglichen Versorgung bei.

- Leistungswettbewerb, Gewinnstreben, Marktpreisbildung, Tarifautonomie und gesellschaftliche Mitverantwortung der Unternehmen sind wesentliche Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft. Eingriffe des Staates sollen Wettbewerb sichern und nur dort für sozialen Ausgleich sorgen, wo der Markt versagt.
- Weiterer Faktor für Erfolg ist die einzigartige Wirtschafts- und Industriestruktur in Deutschland, mit intakten Wertschöpfungsketten und der Verzahnung kleiner, mittlerer und großer Unternehmen. Dies gilt es zu erhalten und zu fördern.
- Zur Einzigartigkeit dieser Wirtschafts- und Industriestruktur gehört auch der dezentral agierende Mittelstand. Er trägt wesentlich zur Stärke unserer Wirtschaft bei. Daher ist Deutschland darauf angewiesen, flächendeckend eine hervorragende Versorgung mit Bildung, Infrastruktur und digitalen Netzen vorzuhalten.
- Prinzipien von Markt und Wettbewerb müssen auch wieder auf dem Immobiliensektor Platz greifen. Interventionismen wie beispielsweise die Mietpreisbremse verwalten nur den Mangel, schrecken erforderliche Investitionen ab und verschärfen daher nur die Situation der Mieter auf regionalen Anbietermärkten.
- Die Steuerpolitik ist auf Nachhaltigkeit auszurichten (z. B. durch steuerliche Forschungsförderung). Das Steuersystem ist grundlegend zu vereinfachen, insbesondere bei der Einkommens- und Mehrwertsteuer. Höchstgrenzen für Besteuerungen sowie eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sind anzustreben. An der Schuldenbremse ist festzuhalten. Bei öffentlichen Ausgaben sind neue Prioritäten zu setzen, z. B. durch den Abbau wettbewerbsverzehrender Subventionen.
- Um im internationalen Wettbewerb langfristig bestehen zu können, benötigen die Unternehmen wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Dazu zählt auch mehr Flexibilität statt Hemmnisse in der Arbeitsmarktpolitik, wie z. B. bei Zeitarbeit und Werkverträgen.
- Der Welthandel muss weiter liberalisiert werden. Die Integration mit strategischen Partnern ist zu verstärken mit dem Ziel einer umfassenden, globalen freiheitlichen Handelsordnung, die auf klaren Regeln für alle beruht. Das geplante Freihandelsabkommen TTIP ist zu unterstützen.
- Soziale Marktwirtschaft funktioniert nicht ohne Rechtsstaat. Dafür müssen Justiz- und Vollzugsbehörden aber durch eine angemessene Personal- und Sachausstattung zu konsequentem und schnellem Handeln in die Lage versetzt werden. Die Behörden müssen dann auch entschlossen den Rechtsstaat durchsetzen.
- Geltendes Recht muss in Europa auch bei der Flüchtlingsfrage eingehalten werden. Eine europäisch abgestimmte Politik muss sicherstellen, dass der offene Schengen-Raum bewahrt und die EU-Außengrenze geschützt wird.

2) Deutschland braucht eine Innovations-, Gründer- und Unternehmerkultur

- Bei gesellschaftlicher Akzeptanz von Innovationen und neuen Technologien fährt Deutschland im Rückwärtsgang. Die Bevölkerung sieht neue Technologien oft als Bedrohung, ist risikoavers. Angst und Bedenken bestimmen immer mehr unser Handeln.
- Mangelnde Innovationsoffenheit wird zum Investitionsrisiko. Private Investitionen der Unternehmen in Forschung und Wertschöpfung bleiben aus oder finden anderswo statt. Hier droht schon mittelfristig Gefahr für unseren Wirtschaftsstandort.
- Die Zugkraft der Kapitalmärkte ist für Investitionen zu nutzen. Daher brauchen wir effizientere Kapitalmärkte und eine verbesserte Aktienkultur.
- Wir brauchen ein Innovationsgebot für die Politik, Chancen und Risiken neuer Technologien müssen fair bewertet werden (Innovationsprinzip als Ergänzung zum Vorsorgeprinzip).

- Steuerliche Forschungsförderung kann Rahmenbedingungen für Innovationen verbessern. Die meisten OECD-Länder verfügen über dieses Instrument, Deutschland nicht.
- Ebenso förderlich für das Innovationsklima sind mehr Möglichkeiten zur Sonderabschreibung und der Verlustverrechnung sowie mehr Freiheit für Unternehmen, Forschungs Kooperationen mit Universitäten einzugehen.
- Deutschland soll wieder zum Gründerland werden. Derzeit spielen wir bei Start-ups in der zweiten Liga, beim Wagniskapital sind wir fast Schlusslicht. Wir brauchen Unterstützung eines Gründerklimas und eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital, damit es zum Chancenkapital wird.
- Wir brauchen eine Kommunikationsoffensive, die Chancen neuer Technologien und Unternehmensgründungen aufzeigt und Lust auf Fortschritt macht – als Gegengewicht zu Kampagnen, die ausschließlich Angst schüren.
- Auch Unternehmensgründer und qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland stärken Deutschlands Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Ein modernes Einwanderungsrecht muss die Möglichkeiten hierfür erleichtern.

3) Bildung ist das Schlüsselthema für den künftigen Erfolg Deutschlands

- Das deutsche Bildungssystem ist nicht mehr auf dem Stand der Zeit. Ihm fehlen wettbewerbliche Elemente. Wir brauchen eine Bildungsreform. Das deutsche Bildungssystem muss wieder weltweit führend werden und darf nicht im Mittelmaß verharren.
- Bundesweit geltende Bildungsstandards und Abschlüsse sind anzustreben. Der Bund muss die Führung bei Vorgabe und Entwicklung der Standards übernehmen.
- Die duale Ausbildung als Erfolgsfaktor ist gemeinsam mit der Wirtschaft konsequent auszubauen. Das duale Gymnasium und die duale Hochschule sollen akzeptierte, gleichwertige Bildungswege werden.
- Ein stärkerer Wettbewerb auf Ebene der Schulen sollte stimuliert werden, anstelle des Wettbewerbs zwischen Bundesländern!
- Flächendeckende Ganztagsangebote – von frühkindlicher Bildung über Kindergarten, Grundschule bis zu den weiterführenden Schulen sind notwendig, um Kindern aus allen sozialen Schichten die gleichen Bildungschancen zu geben und Frauen ihre Berufskarriere zu erleichtern.
- Der digitale Wandel macht Anpassung der Bildungsinhalte in der Aus- und Weiterbildung notwendig, um den veränderten Anforderungen an die Qualifikation Rechnung zu tragen. Dies setzt auch mehr digitale Kompetenzen bei Lehrkräften voraus.
- Angesichts der vielen Flüchtlinge in Deutschland ist Bildung aktuell auch eine wichtige Integrationsaufgabe – angefangen bei der deutschen Sprache über die Vermittlung unserer freiheitlich-demokratischen Werteordnung bis hin zur beruflichen Qualifizierung. Hier müssen bessere Rahmenbedingungen und Bildungsangebote geschaffen werden.

4) Deutschland braucht eine moderne Infrastruktur und eine digitale Verwaltung

- Leistungsfähige Verkehrswege sind für die Wirtschaft unverzichtbar. Die Realität: seit Jahren strukturelle Unterfinanzierung der Verkehrswege. Substanzverzehr führt zu einer Gefährdung des Wirtschaftsstandorts.
- Die Bundesregierung stockt die Mittel inzwischen auf, doch das reicht nicht einmal aus, um den Status quo zu halten. Erhalt und Modernisierung der Infrastruktur muss höhere Priorität bekommen. Deutschland braucht höhere Investitionen in Verkehrs- und Energieinfrastruktur.

Möglichkeiten durch Public-private-Partnership zum Wissenstransfer und zur Finanzierung sind zu nutzen.

- Datenbasiertes Wirtschaften ist weltweit auf dem Vormarsch. Gerade für die deutsche Industrie (Automobilbau, Maschinenbau, Chemie) stecken in der Digitalisierung der Fertigungstechnik, Logistik und Maschine-zu-Maschine-Kommunikation enorme Chancen.
- Digitalwirtschaft und Informationszeitalter führen zu neuen Wertschöpfungsketten und erfordern Anpassungen/Weiterentwicklungen bei Infrastruktur, Bildung und Arbeitskultur. Dazu gehören beispielsweise auch genügend Kita-Plätze mit flexiblen Betreuungszeiten, die die Flexibilität der heutigen Arbeitswelt widerspiegeln oder der Abbau der Misstrauenskultur gegenüber Heim- bzw. Telearbeitsplätzen.
- Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, sind geeignete Rahmenbedingungen in Europa notwendig. Dazu gehören einheitliche technische Standards und ein verlässlicher Rechtsrahmen, der Fragen nach Dateninhaberschaft und Verwertungsrechten an Daten (z. B. Maschinendaten) klärt. Darin liegt auch eine große Chance der Neubelebung des europäischen Binnenmarktes.
- Schnelle Datennetze: Für die Digitalisierung benötigen die Unternehmen schnelle Netze. Zwar liegt Deutschland beim Zugang der Bevölkerung zu Breitbandinternet im Mittelfeld. Aber beim Ausbau der für die Wirtschaft wichtigen Hochgeschwindigkeitsnetze auf Basis von Glasfasertechnologie liegt Deutschland im europäischen Vergleich auf dem letzten Platz.
- Die Digitalisierung ermöglicht Verwaltungsvorgänge schneller und kosteneffizienter durchzuführen. Dafür muss Politik mehr Möglichkeiten zu E-Government und zentrale Anlaufstellen („One-Stop-Shops“) schaffen.

5) Wirtschaft benötigt verlässliche, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung

- Eine effiziente Steuerung der Energiewende unter Stärkung aller Wertschöpfungsstufen ist notwendig. Die Realität zeigt, die Kosten laufen aus dem Ruder. Zum Beispiel die EEG-Umlage 2015: 24 Milliarden Euro Belastung für Haushalte und Unternehmen.
- Das Kriterium der Nachhaltigkeit (ökonomisch, ökologisch und sozial) muss mehr Einfluss auf die Steuerung haben. Erneuerbare Energien müssen sich dem Markt stellen und Systemverantwortung übernehmen.
- Energieintensive Unternehmen sind Teil integrierter Wertschöpfungsketten. Sie sollen weiterhin in Deutschland produzieren und investieren können.
- Wirtschaft braucht verlässliche politische Rahmenbedingungen, die international wettbewerbsfähige Energiekosten ermöglichen. Entlastungsoptionen müssen weiter gelten (EEG, Emissionshandel).
- Nationale Energiepolitik und nationale Klimaziele führen in die Sackgasse, sind teuer und ineffizient. Wir brauchen dringend eine integrierte europäische Energie- und Klimapolitik, einen europäischen Energieverbund, eine gemeinsame Infrastrukturstrategie (grenzüberschreitende Netze) und einen europäischen Binnenmarkt für Energie.
- Elektromobilität ist als integraler Baustein der Energiewende und Innovationstreiber zu nutzen.